

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Pettzeile 20 Pfg.
Beruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 252.

Samstag, den 26. Oktober 1918.

75. Jahrgang.

Verschleppung.

(Am Wochenschlub.)

Wäde schleichen diese letzten Oktobertage dahin, er-mattet sinkt allenthalben das weisse Laub von den Bäumen und wie zum Winterschlaf bereit harren Felder und Wälder des Umflusses in der Natur, für den die Zeit wieder einmal gekommen ist im ewigen Kreislauf des irdischen Geschehens.

Im Leben der Völker sehen wir kein Seitenstück zu diesem Vorgang. Aufgeregt denn je werden die Wogen ihres Daseins gereißelt von den Stürmen des Krieges, der nun dem fünften Winter entgegengeht. Wohl war auch bei uns die Entschlußkraft zur Fortsetzung des Widerstandes eingeschlämmt, und selbst um den Preis der Unversehrtheit des Reiches erklärte die neue deutsche Regierung sich bereit, einen Rechtsfrieden entgegenzunehmen, wie das geistige Oberhaupt der feindlichen Völkervereinigung ihn in mehr oder weniger verlockenden Farben am Morgenhimmel einer neuen Zeit gezeichnet hatte. Aber Herr Wilson ist auch diesmal seiner lastsam bekannten Art treu geblieben. Er bedenkt sich keinen Augenblick die Zugeständnisse, die ihm gemacht werden, als einen schuldigen Tribut wie lauter Selbstverständlichkeiten einzufassen, verharret aber seinerseits mit unverminderter Starrköpfigkeit auf dem Standpunkt, den er einmal gewählt hat, ja verhärtet seine Forderungen noch ins Ungeheuerliche, um den Preis für die Gaben, die er zu verteilen hat, so hoch wie irgend möglich zu steigern, und ist am Ende nur darauf bedacht, uns den kleinen Finger — nicht etwa zu reichen, sondern nur zu zeigen, damit wir nicht kurz entschlossen abspringen, angewidert durch die Art eines Mannes, wie sie für den aufrechten Charakter des deutschen Volkes schier unerträglich ist. So verschleppert er die Verhandlungen, auch wo er die Aufrichtigkeit seiner Gesinnung, die Rücksichtlosigkeit seiner Worte noch so ausdrücklich hervorhebt. Auf der einen Seite sagt er uns einen Waffenstillstand an, der uns wehrlos machen soll, auf der anderen will er über dessen Bedingungen mit seinen Verbündeten Rücksprache nehmen. Einmal spricht er von seinem Friedensprogramm, auf dessen Boden Deutschland sich gestellt hat, und dann wieder sollen unsere Feinde das unbeschränkte Recht haben, alle Einzelheiten des Friedens, den sie durchleben wollen, durch ihren geeigneten und genügend erscheinende Sicherungen zu verbürgen. Herr Wilson hat selbst das Recht der Völker, ihre inneren Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken zu ordnen, oft genug laut und vernehmlich festgesetzt. Uns aber mutet er neben dem Systemwechsel, den wir soeben vollzogen haben, auch einen Personenwechsel an der Spitze des Reiches, an der Spitze unseres führenden Bundesstaates und an der Spitze des deutschen Meeres zu. Alles das mit der Maske des Wiederbauens, der nichts verlangt, was nicht sachlich notwendig wäre und was nicht ohne Preisgabe von Ehre und Gewissen gewährt werden könnte.

Nun, die Empfindungen jedes Deutschen sind durch Wilsonsche Redensarten nicht mehr irregeleitet; ob er ihnen entrüsst Ausdruck geben oder ob er sie still mit sich herumtragen soll, das ist eine Sache des Gefühls und des Temperaments. Aber der Reichstag ist glücklicherweise verlagert, und er wird der Welt seine Meinung und damit die der Mehrheit des deutschen Volkes sagen. Unser Heer ist nicht geschlagen, die Heimat nicht zusammengebrochen, hat der Nachfolger des Kriegsministers v. Stein am Donnerstag im Reichstage mit Recht verkündet; das sind Aktaposten in unserer Rechnung, die wir doch nicht ganz in Vergessenheit geraten lassen wollen. Überall im Volke regt sich wieder der männliche Geist des Widerstandes. Will Herr Wilson den Frieden verschleppen, so soll er uns zum Außersten entschlossen finden. Wir wissen ganz gut, daß in Frankreich und namentlich in Italien die Tragfähigkeit des Volkes bis zum Zerreißen gespannt ist, und daß auch in England dunkle Wetterzeichen drohend am Himmel stehen. Auch das sind Aktivposten für uns, über die keine noch so großspurigen Schriftstücke hinwegtäuschen können. Wie die Entscheidung auch fallen möge, die das Schicksal für uns bestimmt hat, wir wollen unsere Würde nicht preisgeben, sonst sind wir nicht bloß für heute und morgen, sondern für immer verloren.

Einen rascheren Verlauf scheint die staatliche Auffassung der verbündeten Donaunomarchie nehmen zu wollen. Das vom Kaiser Karl erlassene Manifest an „seine“ Völker ist schon so gut wie überholt, wie sehr Herr v. Hussarek, der Ministerpräsident eines kaum noch existierenden Staates, sich auch bemüht zeigt, Verhandlungen auf der Grundlage dieses Erlasses in Gang zu bringen. Die Tschechen, Südslawen gehen entschlossen ihre eigenen Wege, selbstverständlich unter Bergewaltigung der fremden Widerheiten, die sich in ihrem „Siedlungsgebiet“ vorfinden. Die Kosten ihrer Vordrängung von den Habsburgern sollen die Deutschen tragen, natürlich. Aber auch deren Selbstbewußtsein ist unter den harten Schicksalsschlägen dieser Zeit erstarrt, und bleiben sie einig, einig und noch einmal einig, so werden sie am Ende den Anbruch einer neuen Zeit im südlichen Europa am wenigsten zu bedauern haben.

Das sterbende Österreich.

Wien, 26. Oktober.

Es wird mit jedem Tage klarer, daß das kaiserliche Manifest, das den Nationalitäten Autonomie verhielt, zu spät gekommen ist. Der Gedanke des Auseinanderstrebens beherrscht augenblicklich das staatliche Leben der Donaunomarchie, soweit man von einem solchen überhaupt noch sprechen kann. Vergeblich bemüht sich der Ministerpräsident auf Grund der kaiserlichen Vollmacht mit den Nationalitäten zu verhandeln oder zwischen ihnen zu vermitteln: sie handeln alle, als sei Österreich mit der Wiener

Regierung und dem gemeinsamen Ministerium nicht mehr vorhanden.

Erklärung der Tschechen.

Bezeichnend für die Lage ist eine Erklärung der Tschechen, in der es u. a. heißt: „Die Frage Nordböhmens als Grenzregelungsfrage zwischen dem tschechischen Staate und Deutschland werde auf einer Konferenz zwischen Prag und Berlin in beiderseitigem Interesse zu lösen sein. In einem Bürgerkrieg zwischen Tschechen und Deutschen liegt kein Grund vor. Kein Tscheche wünscht eine gewaltsame Lösung des Verhältnisses zwischen beiden Nationen. In einer Vergewaltigung, die die Tschechen nicht üben wollen und können, würde die Welt kein Mandat und keine Mittel geben.“

Die Antwort an Wilson.

Die vertrauliche Sitzung des Ausschusses für Äußeres der österreichischen Delegation befaßte sich mit dem vom Minister des Äußeren Burian vorgelegten Entwurf der Antwortnote Österreichs an den Präsidenten Wilson. Die Tschechen waren anwesend, erklärten aber in eigenen Namen und namens der Slawen, aus prinzipiellen Gründen an den Beratungen nicht teilzunehmen. Delegierter Langenhan gab namens seiner deutsch-nationalen Parteifreunde eine Erklärung ab, in der betont wird, die Deutschen in Österreich hätten durch Konstituierung ihrer eigenen Nation als selbständigen Staates das volle uneingeschränkte Recht aller anderen Nationen des bisherigen Österreichs anerkannt, ihren eigenen Staat zu bilden. Sie seien bereit, mit diesen selbständig gewordenen Nationen auf Grundlage völliger Freiheit über die Bildung eines Staatenbundes zu verhandeln, behielten sich jedoch weitere Handlungsfreiheit vor und ebenso die Anschauung über ihre äußere Politik bezüglich des Anschlusses an das Deutsche Reich, für den Fall, daß sich die Unmöglichkeit herausstellen sollte, mit den übrigen Nationalitäten zu einem Bundesverhältnis zu gelangen. Die Deutschen betonen gegenüber dem Präsidenten Wilson, daß auch sie natürlicherweise das Anrecht auf die nationale Selbstbestimmung besitzen, wie die slawischen Nationen.

Unabhängiger Staat der Ukrainer Österreichs.

Wie die Wiener Blätter berichten, erließen das Präsidium der ukrainischen Konstituante beim Ministerpräsidenten Hussarek, um ihm zur Kenntnis zu bringen, daß sich der unabhängige ukrainische Staat, der sich über alle ethnographisch ukrainischen Gebiete der Monarchie erstreckt, konstituiert habe.

Die radikale Regierung in Ungarn.

Für vollständige Unabhängigkeit.

Nachdem Graf Michael Karolai Ministerpräsident und Graf Andrássy zum Minister des Äußeren ernannt worden ist, ist die ungarische Krise in das entscheidende Stadium getreten. Daß Graf Burian nicht Minister des Äußeren bleiben konnte, war klar, nachdem sein Versuch, einen Ausschuß im Reichstag gleich dem Hauptausschuss des deutschen Reichstages zu bilden, so jämlich gescheitert war. Dem Grafen Andrássy bringt man allgemein das Vertrauen entgegen, daß es ihm gelingen wird, politisch den Krieg zu liquidieren. Graf Karolai, der vom König empfangen wurde, ist beauftragt worden, ein ungarisches Kabinett aus Slowenen und Sozialdemokraten zu bilden.

Graf Michael Karolai ist Mitglied beider Häuser des ungarischen Reichstages und gehört zu den Führern der Unabhängigkeitspartei. Er wurde auf der Heimreise aus Amerika in Frankreich vom Kriege überrascht und war eine Zeitlang in der Gefangenschaft der Entente. Nach seiner Rückkehr entfaltete er eine besonders rege politische Tätigkeit im patriotischen Sinne. Er machte kein Hehl aus den Sympathien, die er für die Entente hegte, und ebenso wenig aus der kritischen Meinung, die er über Deutschland und deutsche Verhältnisse besitzt. Graf Karolai erklärte schon vor längerer Zeit ein Zusammengehen Ungarns und Deutschlands sei nur möglich, wenn Deutschland den Militarismus aufgeben und sich völlig demokratisiere. Graf Karolai hat während des Krieges starke demokratische Neigungen bekundet, die vorher bei ihm nicht bekannt waren. Er suchte und fand Ansehlichkeit an diejenigen Strömungen des Landes, die bisher keine parlamentarischen Vertretungen besaßen, vor allem die bürgerlichen Radikalen und die Sozialdemokraten. Graf Karolai neigte der Ansicht zu, daß man bei längerer Fortdauer des Krieges mit einer bolschewistischen Entwicklung rechnen müsse und daß dieser Gefahr nur durch rechtzeitige Demokratisierung und durch die Beschleunigung des Friedensschlusses vorgebeugt werden könne.

Selbständigkeit Kroatiens.

Die Amdgebung der Südslawen bedeutet die Ver- bindung der Selbständigkeit Kroatiens. Daß sich etwas vorbereitete, war schon sichtbar, als der Banus ablehnte, einer Einladung Bekerles nach Budapest nachzukommen. Der Nationalrat hielt Dienstag eine Sitzung ab, in welcher der unabhängige südslawische Staat feierlich ausgerufen wurde.

Errichtung eines Reichstriegsamtes.

Der Ausbau des parlamentarischen Systems.

Berlin, 25. Oktober.

Die Reform des inneren Renaufbaues des Deutschen Reiches wird im Rahmen der seit Wochen festgelegten Grundlinien während der nächsten Tage zu Ende geführt werden. Auf die einschneidende Bedeutung der jetzt zu fassenden Beschlüsse deuten schon die andauernden Beratungen der maßgebenden Stellen hin. Unter anderem hat heute mittag im Reichskanzlerpalast eine Beratung von Ministern und sonstigen leitenden Persönlichkeiten stattgefunden, an der auch der Kaiser teilgenommen hat.

Die noch geplanten Verfassungsänderungen werden bereits morgen den Reichstag beschickt. Es handelt sich um Änderungen in den Verhältnissen der Obersten Kommandogewalt. Es ist also anzunehmen, daß die neuen Gesetzesvorlagen, die den Reichstagsmitgliedern noch heute im Druck zugehen sollen, eine Abänderung der Artikel 68 und 64 der Reichsverfassung zum Gegenstande haben werden. Dadurch wird die parlamentarische Regierung in die Lage versetzt, sämtliche Akte der Kommandogewalt mit ihrer Verantwortlichkeit zu decken. Wahrscheinlich wird dies durch die Schaffung eines Reichskriegsamts mit einem verantwortlichen Staatssekretär an der Spitze geschehen, ferner dadurch, daß alle übrigen militärischen Instanzen zu diesem Amt in ein Verhältnis gebracht werden, das die Übernahme der parlamentarischen Verantwortlichkeit für alle ihre Akte durch den Staatssekretär des Krieges ermöglicht.

Diese Verfassungsänderung ist die Durchführung einer Absicht, die bereits seit Wochen besteht. Auch sie gehört in den Kreis jener Maßnahmen, die grundsätzlich schon am 6. Oktober von den Mitgliedern der neuen Reichsleitung beschlossen worden sind. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Neuordnung der Verhältnisse nicht ohne umfassende Vorbereitungen als Gelehtentwurf vorgelegt werden konnte. Diese Vorarbeiten sind offenbar jetzt beendet, und es zeigt sich, daß der Präsident Wilson auf diesem Gebiete in seiner letzten Note, nur Dinge gefordert hat, die das deutsche Volk bzw. seine Vertretung und die durch ihr Vertrauen eingeleitete Regierung schon vorher in allen Einzelheiten beschlossen hatten.

Deutscher Reichstag.

Fortsetzung der Aussprache.

(196. Sitzung.) 26. Oktober.

Auch am heutigen vierten Tage der großen Aussprache über die gesamte innere und äußere Politik weist das Haus einen ziemlich starken Besuch auf. Es wurden zunächst einige kleine Anfragen erledigt. Dann wendete sich das Haus den Verfassungsänderungen zu, wobei es wieder zu einer lebhaften und monoton bewegten Aussprache kommt.

Schlussbericht.

Am Tische des Bundesrats: Erlimborn, Graberger, Sonnemann, Scheidemann. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen, die von der Regierung eingehend beantwortet werden.

Dritte Lesung der Verfassungsvorlagen.

Abg. Fischer (Fp.) teilt mit, daß die Reichsbildungsstellen weitere Anträge auf Änderung der Verfassung vorbereiten. Er stellt deshalb den Antrag, den Gelehtentwurf zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung heute noch von der Tagesordnung abzuleben und erst morgen mit den neuen Vorlagen gemeinsam zu beraten.

Der Antrag wird angenommen.

Die Wilsonnote.

Präsident Fehrenbach: Im Mittelrat ist die Frage aufgeworfen worden, ob es zulässig sein soll, jetzt in der allgemeinen Aussprache zur dritten Lesung auch die neueste Note des Präsidenten Wilson zur Verhandlung zu stellen. Der Mittelrat hat sich in seiner Mehrheit dafür ausgesprochen, daß das nicht anzunehmen sei. 1. weil die dritte Lesung nicht erweitert werden darf und 2. weil der amtliche Text noch nicht vorliegt.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Wir können uns mit dieser Entscheidung nicht einverstanden erklären. Die Antwort Wilsons entscheidet über das Schicksal jedes einzelnen und des deutschen Volkes. Da empfinden meine Freunde und ich es als eine Gewissenspflicht, unsere Stimme zu erheben. Wenn die anderen Parteien der Meinung sind, daß das heute nicht geschehen soll, so bitte ich zu erwägen, daß uns nicht die Wege offenstehen, die Entscheidung der maßgebenden Stellen zu beeinflussen, wie das bei den anderen Parteien der Fall ist, deren Angehörige Staatssekretäre sind. Der zweite Grund, daß der Text nicht vorliegt, erscheint mir nicht durchschlagend. Heute hat den englischen Text gegeben, eine amtliche Übersetzung ist durch Wolff verbreitet worden. Diese Antwort ist also mit Zustimmung unserer Regierung der Öffentlichkeit unterbreitet worden. Das Meer hat auch einen Anspruch darauf, unsere Antwort zu hören. (Sehr richtig! recht! Lachen bei der Mehrheit.) Es kann nicht 24 oder 48 Stunden warten, bis Auskunft gegeben wird, ob hier die Kapitulation unseres tapferen Meeres gefordert wird.

Präsident Fehrenbach: Das gehört nicht mehr zur Geschäftsordnung.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Herr Präsident, als Sie Ihr Amt übernahmen, erklärten Sie, daß die Tribüne des Reichstags eine Stätte des freien Wortes sein sollte. Wir bitten dringend, uns dieses freie Wort nicht zu beschränken. (Sehr richtig! recht! lebh. Unruhe bei der Mehrheit.)

Präsident Fehrenbach mit erhobener Stimme: Ich werde niemals die Freiheit des Wortes beschränken. Hier handelt es sich um ein großes Valladium. Den geringsten Zweifel als ob ich hier anders handeln würde, werde ich immer mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Ledebour (U.-Soz.): Auch wir glauben, daß es ganz unmöglich ist, die neueste Wilsonnote aus der Debatte auszuschalten.

Präsident Fehrenbach: Ich muß auch Sie bitten, auf den sachlichen Inhalt der Note nicht einzugehen.

Abg. Ledebour: Das Volk lechzt nach ganz etwas anderem, als Graf Westarp gesagt hat, es will sich nicht weiter abschrecken lassen. (Lärm.)

Präsident Fehrenbach: Das sind wieder Ausführungen zur Sache selbst.

Abg. Ledebour: Gerade diese Beschränkung der Ber- sprechung zur Geschäftsordnung beweist, wie notwendig eine freie sachliche Aussprache ist.

Abg. Fischer (Fp.): Von einer Mundtotmachung des Grafen Westarp kann gar keine Rede sein. Graf Westarp kann genau so wie jeder andere Abgeordnete der Regierung mündlich und schriftlich seine Anschlüsse unterbreiten und die Regierung wird sie sicher ernstlich prüfen. (Lachen recht.) Aber die Note Wilsons liegt doch nun einmal amtlich noch nicht vor und insoweit können wir hier an verantwort-

unter Strafe nicht darüber sprechen. Wir sind der Meinung, daß es auch eine Pflicht der Abgeordneten ist, die Lage ernst zu prüfen, und daß es nicht richtig ist, diese Dinge in agitatorischer Weise von der Tribüne des Reichstags aus zu behandeln. (Beif. u. Bräuf. h. Mehrheit. — Grober Lärm rechts. — Abg. v. Graef: Unhöflich.)

Abg. Westarp (kons.): Wenn der Abg. Fischbeck so spricht, hat der Mann keine Ahnung davon, was das Herz eines wahren Patrioten empfindet.

Abg. Ebert (Soz.): Auch wir sind gegen die sofortige Besetzung der Willonote, zumal auch der genaue Text noch gar nicht vorliegt. Wir haben in diesem Kriege unsere vaterländische Pflicht voll erfüllt. Graf Westarp aber will offenbar gewisse Empfindungen aufmachen und aufheben.

Abg. Prinz Eitel-Friedrich (natl.): Wir halten es ebenfalls für Pflicht, die Note jetzt nicht zu erörtern. Vielleicht kann das schon in wenigen Tagen geschehen.

Abg. Meyer-Kauleben (Centr.): Über allen steht in der Sorge um das Vaterland die Pflicht, nichts zu tun, was die Stellung der Regierung in diesem Augenblick festlegen würde.

Abg. Korfanty (Poln.): Das Verbrechen, das an Polen durch die drei Teilungen begangen wurde, findet jetzt seine Sühne. Die Unterdrückung der Polen dauert bis in die letzte Zeit. Zwei Vertreter der deutschen Polen wurden die Hände nach Warschau verweigert. Wir wollen kein Stück deutsches Boden nehmen, sondern uns nach Wilsons Programm die aus den drei Teilungen herrührende polnische Erde mit einem gesicherten Zugang zum Meer, d. h. eine Meeresküste, die von Polen demohnt ist, das sind diejenigen Küstenbezirke, die der Abg. Laszewski vertritt. Das ist das linke Weichselufer bis zur Dabinkel-Delta, diese ausgeschlossen. Ich leugne nicht, daß Danzig eine deutsche Stadt ist. (Hört. hört.) Wenn Danzig auf dem Friedenskongreß zu Polen kommt, so würde es nur das Schicksal der Minoritäten teilen, die in Europa bisher unterdrückt wurden. (Große Unruhe.) Präsident Hebrich fragt den Redner, ob er nicht selbst das Gefühl habe, wie wenig passend es sei, im Deutschen Reichstag die Loslösung deutscher Landestücke zu besprechen.

Abg. Korfanty (Poln.) fortfahrend: Deutschland und Polen sind aufeinander angewiesen. Die Polen sind bereit, dem demokratisch befreiten Deutschland die Hand zu reichen. (Lachen.)

Abg. Schulz-Braunberg (Reichspartei): Die Forderung der Polen nach Danzig ist bezeichnend für die polnische Gerechtigkeit. Seit acht Tagen wird hier über die Abtrennung deutschen Gebietes gesprochen, als handle es sich nicht um große deutsche Landestücke und Millionen von deutschen Einwohnern. Alle Deutschen in der Ostmark erheben klammenden Protest. (Stürm. Zustimmung im ganzen Hause. Rufe bei den Polen: Regen Sie sich nicht auf.) Was würde wohl einem Deutschen im polnischen Reichstag passieren, wenn er eine ähnliche Forderung erheben würde. Wir erwarten vom Reichstag, daß er seine Pflicht tut.

Abg. Gothein (Soz.): Für uns war das Schmerzlichste die Erklärung der Elb-Lothringer, die doch zu 90% Deutsche sind. Wenn wir jetzt vor einem Scherbenhaufen stehen, so danken wir das der wahnwitzigen Politik, die diesem Lande so lange die Autonomie verweigerte. Ich erinnere an Bayern. Wer Wind füt, muß Sturm ernten. Auch die Polenpolitik haben wir stets bekämpft. Die logische Forderung des Abg. Korfanty wäre, daß wir selber nicht nur Elb-Lothringen behalten, sondern auch die Schweiz und Deutsch-Österreich dazu bekommen müßten.

Staatssekretär Trimborn. Wenn wirklich, wie der Abgeordnete Korfanty behauptet hat, die Verbreitung der Rede des Abgeordneten Stöckel in der Provinz Polen unterdrückt worden ist, so würde das die Reichsleitung auf das entschiedenste mißbilligen.

Abg. Schuler-Thorn (natl.). Man kann nicht, wie der Abgeordnete Gothein es getan hat, behaupten, daß wir selbst die Schuld tragen, wenn die Polen unzufrieden sind. Man mag die Polen so gut behandeln, wie man will, sie haben ein zu ausgeprochenes Nationalgefühl, um jemals deutsch werden zu können. (Sehr richtig! bei den Polen.) Aber wir sind noch nicht so weit, die polnischen Ansprüche bewilligen zu müssen. Von allen Seiten ist gedrängt worden, aber wir brauchen auch heute nur einen Führer, um uns auf unsere Kraft und unsere Macht zu besinnen. (Stürmischer Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Die Polen haben niemals wirkliche Freiheit gekannt und geliebt. Wer polnische Freiheit kennt, der verzichtet auf sie. (Stürm. Beifall.) Als vor Jahrhunderten deutsche Landestücke zu Polen kamen, da sind sie unterdrückt und gewaltam fastholisiert worden (Stürmischer Widerspruch bei den Polen) und die Juden unterdrückt man in Polen bis auf den heutigen Tag. Aber wir unsererseits brauchen die Polen nicht. Wir wollen sie auch in Zukunft nicht in unser Land kommen lassen (Erneuter Beifall). Für die Errichtung des Königreichs Polen haben die Polen selber nichts getan, als große Worte geredet. Wir haben unser Blut geopfert. Nun kommen sie und wollen deutsches Land (Stürm. Beifall). Mit welchem Rechte verlangen sie, daß Danzig das Voos der Minderheit tragen soll? Wie kommen sie dazu, das von uns zu verlangen, während es es tragen müßten nach Gesetz und Recht und Beweiskräfte. (Stürm. Beifall.) Wenn die Polen deutsches Land haben wollen, so mögen sie kommen und es sich holen. Wir werden euch mit blutigen Köpfen heimischen. (Stürmischer minutenlanges Beifall bei der Mehrheit des Hauses und auf den Tribünen.) Abg. v. Dieblich ruft: Endlich eine deutsche Rede.

Präsident Döbe droht, die noch immer klaffenden Tribünen räumen zu lassen.

Abg. Kretsch (kons.): Der Reichstag hat Angst vor den Tribünen. (Lärm.)

Stürmische Szenen.

Als Abg. Cohn-Nordhausen erklärt hatte, daß nur die sozialistische Republik Europa und die Menschheit retten könne, erhebt sich harter Beifall auf den Tribünen. Der Präsident droht zum zweiten Male die Tribünen räumen zu lassen. Die Rechte des Hauses hat sich erhoben und mit unter Armbewegungen zur Tribüne hinauf. Der Lärm im Hause verliert sich noch, als der wildsoziale Abgeordnete Mühl (Fraktion Liebknecht-Mühl) den Vordredner nach Überbrückung, die Abdankung des Kaisers fordert und die Arbeiterschaft zur sozialen Revolution aufruft. Der Redner schlägt unter ungeheurer Unruhe des Hauses, nachdem er dreimal zur Ordnung gerufen wurde.

Das Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers wird in zweiter Lesung angenommen. Es folgt die Beratung der Verfassungsprojekte für Elb-Lothringen.

Der Elb-Lothringener Abg. Hildin dankt dem Reichstag für die Anerkennung des Elb-Lothringens dankbar an.

Weiterberatung morgen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Ein erstes Wort in erster Stunde erlassen in Damm (Westfalen) alle Parteien gemeinsam. Die sozialdemokratische Partei, die christlichen Gewerkschaften, die Zentrumspartei, die fortschrittliche Volkspartei, die konservative Partei, der Bund der Landwirte, die national-liberale Partei, die deutschen Gewerkschaften, die national-liberale Partei, die deutschen Gewerkschaften u. a. erklären in einem Aufruf: Wir sind deutsch bis auf die Knochen und wollen deutsch bleiben. Das Unglück wäre unabsehbar, wenn der Feind ins Land käme. Lächelt Euch darüber nicht und tretet allen denen scharf entgegen, die da mit dem Feuer spielen. Verachtet die Klammacher. Vernichtet nicht durch Kleinmut, Gleichgültigkeit oder Selbstsucht Euer ganzes Zukunftsglück!

Die Erklärungen des elb-Lothringischen Abgeordneten Hildin im Reichstag haben in politischen Kreisen Straßburgs ungeheures Aufsehen und Stürmen erregt. Man sagt, die elb-Lothringischen Reichstagsabgeordneten hätten vorige Woche beschlossen, ohne Unterschrift der Parteien für das Selbstbestimmungsrecht der Elb-Lothringer einzutreten und nicht die Lösung der elb-Lothringischen Frage irgendwelcher anderen Instanz zu überlassen. Die Landtagsfraktionen hätten Hildin keinerlei Auftrag zu einer solchen Erklärung erteilt.

In der letzten Sitzung des Bundesrates wurde angenommen: der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Verfassung Elb-Lothringens vom 31. Mai 1911, der Entwurf einer Verordnung über die Vornahme einer Volkszählung am 4. Dezember 1918, der Entwurf einer Verordnung über die Fortschreibung der Zivilbevölkerung zum Zwecke der Nahrungsmittelversorgung, der Entwurf einer Bekanntmachung über Änderung der Verordnung über Rohabak vom 10. Oktober 1916.

Dänemark.

Eine Darstellung der äusseren Lage gab der Minister des Äusseren, Scavenius, in einer geheimen Sitzung des Folketings und des Landthings. Nach der Ansprache wurde eine Erklärung angenommen, daß die Mitglieder des Reichstags, nachdem sie die Darlegung des Ministers gehört haben, nach wie vor an einer gleichmäßigen Neutralität als der einzigen Grundlage für die Politik Dänemarks allen Mächten gegenüber festhalten und darüber einig sind, daß das dänische Volk seine nationalen Hoffnungen an eine gerechte Durchführung des von beiden kriegführenden Parteien anerkannten Nationalitätsprinzips und Selbstbestimmungsrechts der Völker knüpfe.

Polen.

Das neue Kabinett, in das Wislubi als Kriegsminister eintritt, legt vor allem Wert auf die Feststellung, daß es das unabhängige Polen herstellen werde. Warschauer Blättern zufolge benachrichtigte der Delegierte des I. und II. Ministeriums des Äusseren, Ugron, den böhmisches Radziwill durch ein Schreiben, daß die österreichisch-ungarische Regierung auf das ihr nach dem Patente vom 12. September zustehende Recht der Vertretung des polnischen Premierministers verzichte.

Russ In- und Ausland.

Berlin, 25. Okt. Im Ministerium des kaiserlichen Hauses fand heute unter dem Vorsitz des Kaisers ein Kronrat statt, der mehrere Stunden währte.

Berlin, 25. Okt. Im Besonderen des Reichskanzlers ist eine wesentliche Besserung eingetreten, indes muß Prinz Nar vorläufig noch das Bett hüten.

Berlin, 25. Okt. Der interkationale Ausschuss der Reichstagsmehrheit hat sich gestern abend noch nicht mit der Wilsonschen Note, wohl aber mit neuen Verfassungsanträgen beschäftigt, deren schnelle Formulierung gewünscht wird.

Berlin, 25. Okt. Im preussischen Herrenhause wurde heute sofort nach Beginn der Sitzung ein Antrag eingebracht, das Haus auf morgen nachmittag zu vertagen. Der Antrag wurde angenommen.

Berlin, 25. Okt. Zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern ist Ministerialdirektor Dr. Freund ernannt worden. Dr. Freund, der schon in den verschiedensten Regierungskämern tätig war, wird allgemein als hervorragend tüchtig geschätzt.

Berlin, 25. Okt. Mehrere deutsch-österreichische Abgeordnete sind hier eingetroffen, um mit den leitenden Stellen wegen der Ernährungsfragen Rücksprache zu nehmen.

Wien, 25. Okt. Den Blättern zufolge erklärte der deutsche Botschafter Graf Wedel, daß die Konstituierung Deutsch-Österreich im ganzen Deutschen Reich begeisterten Widerhall gefunden hat.

Paris, 25. Okt. Die französische Sozialdemokratie hat beschlossen, den Rat der Alliierten nach Paris einzuberufen. Die Tagesordnung lautet: Sofortige Einderung der Internationalen.

Rotterdam, 25. Okt. Die Resolution, daß die englische Regierung eine Gleichberechtigung einbringen wird, wonach Frauen in das Parlament gewählt werden können, wurde mit der großen Mehrheit von 274 gegen 76 Stimmen angenommen.

Der Krieg.

Fortdauer der Schlacht.

Mitteilungen des Russischen Telegraphen-Bureaus
Großes Hauptquartier, 25. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Gezetzgruppe Kronprinz Rupprecht. In Flandern dauern die Kämpfe in der Yser-Niederung an. Der Feind, der in den Südwestteil von Deinze einbrang, wurde im Gegenstoß wieder zurückgeworfen. Südwestlich von Deinze nahmen vier Teile des von Franzosen über die Yser vorgeschobenen Brückenkopfes. Ostlich von Bijde St. Wol schlugen wir einen härteren Angriff, zwischen der Yser und Schelde und an der Schelde Teilvorschiebe des Gegners zurück. Die Zerstörung der Ortschaften in der Scheldemündung durch den Gegner schreitet fort. Auch das Stadlinnere von Tournai lag unter englischem Feuer. Die Abwanderung der Bevölkerung aus diesen Gebieten nach Osten nimmt zu.

Ostlich von Soledwed und le Cateau setzte der Engländer seine großen Angriffe fort und dehnte sie nach Norden bis an die Schelde aus. Südlich der Schelde sind sie vor unseren Linien auf den Höhen östlich des Scaillois-Baches gescheitert.

Die gegen Duesnoy gerichteten Angriffe drangen bis zur Bahn nordwestlich und westlich von le Duesnoy vor. Versuche des Feindes, westlich an le Duesnoy vorbei in nördlicher Richtung durchzustoßen, scheiterten an dem Eingreifen unserer von Sepmeris und Willers Pol aus angelegten Truppen. Der in breiter Front gegen den Wald von Morval anstürmende Feind konnte in Boix du Nord und in Fontaine au Bois Fuß fassen, im übrigen wurde er westlich der Straße Englesfontaine-Landrecies nach beständigem Kampfe zum Stehen gebracht. Die gestrigen Angriffe haben dem Feinde im ganzen einen Geländegewinn von 800 bis 1000 Meter Tiefe gebracht. Größere Erfolge blieben ihm trotz seines außerordentlichen Kräfteinsatzes auch gestern verweigert.

Gezetzgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Oise zwischen Oise und Serre und westlich der Oise zeitweilig Artilleriekampf. An der Oise scheiterten Teilvorschiebe des Gegners. Zwischen Oise und Serre wurden härtere Angriffe der Franzosen abgewiesen.

Wo der Feind in unsere Linien einbrang, warfen wir ihn im Gegenstoß wieder zurück. In den Abschnitten beiderseits Vouziers ließ die Gefechtsfähigkeit nach. Die

Voge omica von Eperres wurde von danerlicher und württembergischer Besatzung gegen erneute heftige Angriffe des Feindes behauptet.

Gezetzgruppe Gallwitz.

Teilangriffe der Amerikaner auf beiden Mandscheren wurden abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Feindliche Angriffe beiderseits der Morana. Westlich des Flusses drängten sie uns in dem Gebirge südlich von Kragujevac etwas zurück. Ostlich des Flusses in Gegend von Paracin wurden sie abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Staatssekretär Erzberger über die Kriegsanleihe:

Je mehr Kriegsanleihe, desto näher der Frieden.

Erzberger

Ein Wort Hindenburgs.

Der stellvertretende Kommandierende General des 2. Armeekorps, Frhr. v. Bietinghoff, veröffentlicht durch Maueranschlag folgende Bekanntmachung: Der Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat sich in einem Schreiben an den Reichskanzler wie folgt geäußert:

„Unsere Feinde schöpfen aus unserer inneren Zerrissenheit und verzagten Stimmung neue Kraft zum Angriff, neue Entschlossenheit zu hohen Forderungen. Feinde und neutrales Ausland beginnen, in uns nicht mehr ein Volk zu sehen, das freudig alles setzt an seine Ehre. Demgegenüber muß eine einheitliche vaterländische Stimmung in allen Stämmen und Schichten des deutschen Volkes lebendig werden und deutlich erkennbar in Erscheinung treten.“

„In dem felsenfesten Willen des Volkes, gegen jede demütigende Bedingung sich bis auf die äußerste zu wehren, darf niemand zu zweifeln Veranlassung haben. Nur dann findet das Heer die Kraft, der Übermacht zu trotzen, nur dann finden unsere Unterhändler den Rückhalt für ihre schweren Aufgaben am Verhandlungstisch. Überall muß der Wille zum Ausdruck kommen, daß es für das deutsche Volk nur zwei Wege gibt: Ehrenvoller Friede oder Kampf bis zum Aussterben. Das Vertrauen auf unsere gerechte Sache, der Stolz auf unsere gewaltigen Leistungen in vier Kriegsjahren gegen die stärkste Koalition der Welt, das Bewußtsein allzeit bewährter Bundesstreue und die unerschütterliche Zuversicht an des deutschen Volkes Zukunft müssen uns in den Frieden hinüberleiten und uns die Achtung vor uns selbst und die Achtung des Auslandes bewahren.“

Foch für einen Waffenstillstand?

Die Genfer Blätter berichten, verlautet in den Wandelgängen der Pariser Kammer, daß ein Depeschenwechsel zwischen Clemenceau und Foch stattgefunden habe. Foch habe grundsätzlich die Möglichkeit bejaht, alle erzielbaren Vorteile bei einem Waffenstillstand zu sichern, sofern der Feind ehrlich und ohne Ausflüchte bereit sei. Am gleichen Tage erklärt allerdings „Comme Libre“, daß Blatt Clemenceau, daß Foch seine Reserven für eine neue Offensive zusammenziehe, die sich den Kämpfen um Valenciennes und Tournai anschließen werde.

Die Genfer Blätter aus amerikanischen Kreisen erfahren, hat England dem Vertreter Amerikas gegenüber seine grundsätzliche Bereitschaft auf sofortigen Verhandlungen zwecks eines ehrlichen Friedens bereits ausgesprochen mit dem Vorbehalt, daß eine klare Aufassung der Dominions noch nicht vorliege.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 25. Okt. Die hiesige österreichisch-ungarische Botschaft gibt bekannt: Auf Grund von Erkundigungen, die an geeigneter Stelle eingeholt wurden, wird mitgeteilt, daß die hier verbreitete Nachricht, Österreich-Ungarn hätte einen Waffenstillstand abgeschlossen, auf völlig freier Erfindung beruhe.

Amsterdam, 25. Okt. Das Neutische Bureau erklärt, daß die belgische Regierung mit den Alliierten Staaten und den Alliierten wegen der Räumung Luxemburgs in Verbindung steht. Diese Anregung ist von der Union der Luxemburger in der belgischen Armee in einem Telegramm an die belgische Regierung gemacht worden.

Vom Tage.

Falsches Gerücht aus dem Westen.

Berlin, 25. Okt. An den Gerüchten, daß 15000 Mann deutsche Truppen, hauptsächlich Marineeinheiten, über die holländische Grenze getreten seien, ist kein wahres Wort. Nur einige Leute wurden abgedrängt und zum Übertritt gezwungen, im ganzen kaum 100 Mann.

Aufruf der österreichischen Deutsch-Nationalen.

Wien, 25. Okt. In einem Aufruf der Deutsch-Nationalen Wiens und Niederösterreichs wird zum Anschluß an das Deutsche Reich aufgefordert.

Das Kabinett Karolyi in Ungarn gescheitert.

Budapest, 25. Okt. Die Bestätigung der Ernennung des Grafen Michael Karolyi zum Ministerpräsidenten ist nicht erfolgt, weil sich zwischen ihm und dem Grafen Andrássy in Fragen der auswärtigen Politik Gegensätze gezeigt haben, die nicht beseitigt werden können. Die Versuche einer neuen Kabinettsbildung werden fortgesetzt.

Der König hat die Vorschläge des Kabinetts Bekerle, die die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Ungarns in allen Angelegenheiten festlegt, genehmigt und deren Unterbreitung im Parlament bewilligt.

Erzherzog Joseph Oberkommandant gegen Italien.

Wien, 25. Okt. Zum Oberkommandierenden der gesamten gegen Italien kämpfenden Streitkräfte Österreich-Ungarns wurde Erzherzog Joseph unter gleichzeitiger Beförderung zum Feldmarschall ernannt.

Wirtschaftskrieg zwischen Österreich und Ungarn.

Wien, 25. Okt. Zwischen Österreich und Ungarn ist der Wirtschaftskrieg ausgebrochen. Ungarn hat die Lebensmittelversorgung, Österreich die Kohlenversorgung eingestellt.

Clemenceau will verhandeln.

Paris, 25. Okt. Clemenceau teilte beim Empfang der sozialistischen Kammerdeputierten mit, daß er sich grundsätzlich keiner Verhandlung widersetze.

Frankreich gegen die 14 Punkte Wilsons.

Osag, 25. Okt. „Daily News“ meldet, daß sich Frankreich nicht auf den Boden der 14 Punkte Wilsons stelle.

Aus Rab und Fern

Herborn, den 26. Oktober 1918.

* (Beschränkungen im Postdienst in Folge der Grippe.) Die vielen Erkrankungen im Personal an der Grippe machen es notwendig, vorübergehend Beschränkungen auch im Betriebe des hiesigen Postamts vorzunehmen. Vom Montag, den 28. werden keine Pakete, weder Wert- noch gewöhnliche Pakete, mehr bestellt. Die Paketkarten werden den Empfängern, soweit sie diese nicht schon jetzt abholen können, durch die Briefträger zugestellt. Die Empfänger müssen die Pakete selbst abholen. Nach den Landposten findet nur jeden zweiten Tag eine Postbestellung statt. Sobald die Verhältnisse es gestatten, werden die Beschränkungen aufgehoben.

* (Stadttheater Gießen.) Sonntag, den 27. Oktober, nachm. 3 1/2 Uhr „Die Anna-Else“, abends 6 Uhr; abends 7 1/2 Uhr „Wie einst im Mai“, Ende 10 1/2 Uhr. Dienstag, den 29. Oktober, abends 7 1/2 Uhr „Ein Frühlingsopfer“, Ende nach 10 Uhr. Freitag, den 1. November, abends 7 1/2 Uhr „Reinheit Das Kind“, Komödie in 3 Akten; Ende 10 Uhr. Sonntag, den 3. November, nachmittags 3 1/2 Uhr „Wie einst im Mai“, Ende 6 1/2 Uhr; abends 8 1/2 Uhr „Die Herren Söhne“, Ende gegen 10 Uhr.

* (Die Krisis am Rhein.) West- und Ostpreußen. Mehr noch als die Berliner Börse haben die rheinisch-westfälischen Börsen unter den Folgen der politischen Ereignisse zu leiden gehabt. Die Börsen von Essen und Düsseldorf haben vollständig aufgehört zu funktionieren. Der Markt versagte in den letzten Tagen derart, daß von zahlreichen Werten auch nicht ein einziges Stück verkauft werden konnte. Bei geringstem Angebot wurden schwere Werte um Tausende von Mark gemworfen. Seit der letzten Hochbewegung sind die Kurse um mehr als die Hälfte gefallen und die Kugeln befinden sich zum großen Teil in einer äußerst schwierigen Lage. Auch zu den geringsten Kursen zeigt sich nicht die geringste Aufnahmefähigkeit, sodaß mit einem weiteren Rückgang der Kurse gerechnet werden muß. Man sprach davon, daß eine gemeinsame Intervention der rheinisch-westfälischen Banken geeignet sein würde, dem Rückgang Einhalt zu gebieten. Von anderer Seite wurde als das einzige Mittel, eine weitere Kursentwertung zu verhindern, eine zeitliche Schließung der Börsen von Essen und Düsseldorf empfohlen.

Gießen. Wegen der hier herrschenden Grippe-Epidemie wurden die Lichtspiel-Theater polizeilich geschlossen.

Marburg. Eine Angelegenheit, wie sie diesem furchtbaren aller Kriege vorbehalten war, bringt die neueste Nummer der „Oberh. Zg.“. In ihr kündigt der „Verein der Studierenden Marburgs“ das Ableben seines Mitgliedes, des Oberleutnants im 3. Garde-Mannregiment Grafen Bernhard Schwerin an.

Aus Oberhessen. Wie in den Städten, so tritt auch auf dem Lande die Grippe in starker Weise auf und fordert hier zahlreiche Opfer. Die große Ansteckungsgefahr hindert aber die Landbevölkerung keineswegs, auch den Begräbnissen in drangvoll engen Räumen des Sterbehauses stundenlange Leichenschwärmereien mit Kaffee und Kuchen abzuhalten, wobei die Angehörigen des Toten die Bedienung ausüben. Welche furchtbaren Gefahren dieses Aneinanderhocken so vieler Menschen für die Gesundheit jedes einzelnen mit sich bringt, bedarf keiner weiteren Erklärung. Und woher bekommen die Leute den vielen Kuchen?

Kristell (Kr. Höchst). Die hiesige Gemeinde soll an eine Nachbargemeinde 1200 Zentner Kartoffeln liefern. Trotz aller Mahnungen erklärte die Landwirte, keine Kartoffeln abgeben zu können. Darauf sandte vier Gendarmen eine Nachprüfung der Vorräte. Und das Ergebnis? Statt der verlangten 1200 Zentner die Gendarmen 1800 Zentner aus den Versteckten und beschlagnahmten sie für den Kommunalverband. Die weitere Folge ist die, daß den betreffenden Landwirten nicht ein Pund Kartoffeln mehr verblieb, als ihnen gesetzlich zusteht.

Schwannheim. Die behördliche Aufforderung an die Landwirte um Ablieferung von Kartoffeln hat so gut wie gar keinen Erfolg gehabt. Jetzt ist den Leuten eine gewisse Mahnung zugegangen. Falls diese innerhalb zweier Tage keinen Erfolg hat, schreitet die Behörde zur Beschlagnahme der Vorräte.

Frankfurt a. M. Allem Anschein nach ist die Grippe etwas zurückgegangen. Da sie nicht annähernd vollständig ist, läßt sich leider ein genauer Überblick über die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle nicht geben. Doch sie aber recht bösartig auftritt, beweisen die angeführten Todesfälle an Grippe in Frankfurt ohne die Vorräte. Es starben am letzten Samstag 20, Montag 42, Dienstag 20 Personen, sodaß man mit 20 Todesfällen pro Tage zu rechnen hat.

Nierstein. Jakob Völkner und Friedrich Hoch, zwei gleichaltrige Niersteiner, sahen hier acht Jahre auf der Schulbank neben einander, hielten dann jahrelang die freundschaftliche Freundschaft miteinander, rüdten am gleichen Tage zum Militär ein, kämpften 40 Monate Seite an Seite in Ost und West und fielen jetzt zur gleichen Zeit Seite an Seite. Treue Kameraden beteten die Freunde ein gemeinsames Grab, und jetzt zeigen auch die Angehörigen den Tod der beiden Helden in einer gemeinsamen Zeitungsanzeige als Kameraden an. Ein seltsames Lebensschicksal zweier Menschen!

Berlin, 26. Okt. In Neudamm vergiftete sich der Oberstaatsanwalt Reinhold Kralow mit seinen drei Kindern durch ein Giftglas. Die Ursache waren Ebstreitigkeiten.

Berlin, 25. Okt. Ein neues Kapitalverbrechen wurde hier begangen. Im Zentrum der Stadt, gegenüber dem Nationaltheater, hat man den Theaterbilletthändler Köhler in seinem Zimmer ermordet aufgefunden. Die Wohnung war verstreut.

Herborn, 25. Okt. Der Dom in Calcar am Niederrhein, eine der schönsten, reichsten deutschen Kirchen, wurde durch einen Brand teilweise zerstört. Hunderte wertvolle Glöden sind geschmolzen.

Die militärische Verwendbarkeit. Zur Befestigung falscher Auffassungen wird darauf hingewiesen, daß Wehrpflichtige keinen Anspruch auf Verwendung an einer bestimmten Stelle oder an einem bestimmten Ort, außerhalb der Gefährzone, im Felde, in der Etappe oder in der Heimat haben. Der Verwendungsort wird vielmehr nach Maßgabe der Tauglichkeit durch die jeweiligen Bedürfnisse des Heeres bestimmt. Die nähere Erläuterung der Tauglichkeitsgrade go. und av. durch die Zusätze „Feld“, „Etappe“ oder „Heimat“ erfolgt lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen zur Erleichterung der militärischen Gruppierung der Leute. Hiernach entspricht es der Gesetzeslage, wenn go. oder av. Heimateute nach Maßgabe ihrer Tauglichkeit auch im Felde oder in der Etappe verwendet werden. Die Bezeichnung „Heimat“ hat in diesem Falle nur die militärische Bedeutung, daß diese Leute im Felde oder in der Etappe zu solchen Dienstleistungen heranzuziehen sind, die denen in der Heimat entsprechen, denen sie mithin körperlich gewachsen sind. Ferner ist die irrige Ansicht verbreitet, daß av. eine mindere Verwendungsart bedeutet als go. Beide Begriffe stehen nebeneinander, nur mit dem Unterschiede, daß die als go. befundenen Leute für den Wehrdienst, die als av. befundenen Leute nur für den Arbeitsdienst in Frage kommen.

Wohnungsnot in München. Seit einigen Tagen ist in München keine einzige Wohnung frei. Der Magistrat forderte deshalb die militärische Räumung der drei größten Ausstellungshallen im Lustellungsplatz. Das Kriegsministerium willfahrte diesem Wunsche, und die drei Hallen wurden als Notwohnungen hergerichtet.

Prinz Heinrich 31. Reich wird Graf v. Hohenhausen. Der regierende Fürst Reuß i. L. hat dem Prinzen Heinrich 31. Reuß den Austritt aus dem fürstlichen Hause gestattet und ihm gleichzeitig die reußische Grafenwürde mit dem Namen v. Hohenhausen verliehen, mit der Maßgabe, daß der Prinz für seine Person und seine Gattin den Titel eines Prinzen bzw. einer Prinzessin von Hohenhausen führen darf. Prinz Reuß, der gegenwärtig militärisch beschäftigt ist, war noch während des Krieges deutscher Gesandter in Teheran.

Letzte Nachrichten.

Die Verfassungsänderungen.

Berlin, 26. Okt. (TU) Dem Reichstag liegt, wie der „Vorwärts“ berichtet, zur Abänderung der Verfassung folgender neuer Antrag der Mehrheitsparteien vor, der schon Samstag zur Beratung gelangen wird. Die Reichsverfassung wird wie folgt abgeändert:

1. Im Artikel 11 werden die Absätze durch folgende Bestimmungen ersetzt: Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages erforderlich. Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsregierung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages.

2. Unter Artikel 15 werden folgende Absätze hinzugefügt: Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt. Der Reichskanzler und sein Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich.

3. Im Artikel 17 werden die Worte gestrichen „welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt“.

4. Im Artikel 33 Absatz 1 wird folgender Satz hinzugefügt: Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Beamten der Marine erfolgt unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers.

5. Im Artikel 64 1/2 werden im ersten Satz hinter dem Worte „Kaiser“ die Worte eingeschaltet „unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers“.

6. Im Artikel 68 werden folgende Absätze 3 und 4 hinzugefügt: Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und militärischen Beamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents. Die Kriegsminister sind dem Bundesrat und dem Reichstag für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich.

Personalwechsel in leitenden militärischen Stellen?

Berlin, 26. Okt. (TU) Wie der „Lokalanz.“ berichtet, ist in der gestrigen Sitzung des Kriegskabinetts, an der der Kaiser, Hindenburg und Ludendorff teilnahmen, auch die militärische Personalfrage zur Sprache gekommen. Als Folge der Neuordnung besteht durch-

aus die Möglichkeit von Personalveränderungen, die sich nach Ansicht der politischen Kreise zum Teil wohl auch auf im Vordergrund stehende militärische Persönlichkeiten erstrecken werden.

Tagung des Kriegskabinetts.

Berlin, 26. Okt. (TU) Das Kriegskabinetts sammelte sich gestern abend zu einer Sitzung. Dabei dürfte auch die Frage erörtert worden sein, wie auf die letzte Note Wilsons eine Antwort zu erteilen sei. Während man anfangs der Meinung war, daß die Note keine Antwort erfordere, da Wilson sich jetzt ja zunächst mit den Alliierten in Verbindung setzen will, neigt man jetzt dazu, die Note zu beantworten. In jedem Fall müßte der Empfang der Note bestätigt werden. Zugleich aber scheint es geboten, Wilson zur Mitteilung der Bedingungen aufzufordern, die er bei einem Waffenstillstand für nötig hält. Ob man sich für eine solche Beantwortung entscheiden wird, steht allerdings noch nicht fest.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Haag, 26. Okt. (TU) „Evening Post“ schreibt: Balfour hat auf einer Rede in New York ausgeführt, daß man entweder Deutschland machtlos machen oder das deutsche Volk befreit werden müsse. Wilsons Vorschlag in seiner letzten Note geht darauf hinaus, diese Ziele gleichzeitig zu verwirklichen. Die Bedingungen des Waffenstillstandes werden sein die Auslieferung der deutschen Artillerie und Munition und die Besetzung von Straßburg, Metz und Coblenz.

Die französische Waffenstillstandsbedingung.

Zürich, 26. Okt. (TU) Nach einer Meldung des „Daily Chronicle“ hat die französische Regierung der Regierung in Washington telegraphisch mitgeteilt, daß sie die Räumung Elsaß-Lothringens als Vorbedingung des Waffenstillstandes betrachte.

Die Schwierigkeiten der Parlamentarisierung in Bayern.

München, 26. Okt. (TU) Die vertraulichen Beratungen im Ausschuss der Abgeordnetenkammer sollten nach der Verabredung der Parteien zu einem formulierten Ergebnis in betreff der gemeinsamen Grundlagen der Parlamentarisierung führen. Die Verhandlungen wurden jedoch heute abgebrochen, da das Zentrum auf verschiedene Wünsche und Forderungen der Sozialdemokraten nicht eingehen zu können erklärte. Darauf lehnten die Sozialdemokraten es ab, mit den bürgerlichen Parteien weiter zu verhandeln. Sie haben erklären lassen, daß sie ihre Teilnahme unter solchen Umständen als fruchtlos erachteten.

Aufruf zur Rückkehr der ungarischen Offiziere.

Wien, 26. Okt. (TU) „Besti Hirlap“ bringt an der Spitze des Blattes einen Aufruf, wonach die in Wien lebenden ungarischen Offiziere aufgefordert werden, heimzukehren, damit sie die ungarische Grenze sichern.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Lebensmittelversorgung.

Am Montag Verkauf von Butter gegen Abtrennung von Abschnitt Nr. 21 der grauen Fettkarten in der Verkaufsstelle von Fr. Krimmel und Abschnitt Nr. 21 der gelben Fettkarten in der Verkaufsstelle von Max Piskator.

Am Dienstag Verkauf von Teigwaren gegen Abtrennung von Abschnitt Nr. 8 der Lebensmittelkarten in folgenden Verkaufsstellen:

Nr. 1-800	Chr. Piskator Wwe.
„ 801-1600	Paul Quast.
„ 1601-2400	Friedr. Zipp
„ 2401-3200	Gust. Medel.
„ 3201 ab	Oskar Doelich

Am Dienstag mittag von 2-5 Uhr Verkauf von Zwiebeln nach den Nummern der Haushaltungskarten von 1-600. Am Mittwoch mittag von 2-5 Uhr Nr. 601 bis Schlus. - Kleingeld und Behälter sind mitzubringen.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die Ausgabezeiten genau eingehalten werden müssen. Außer diesen Zeiten findet keinerlei Ausgabe statt. Auch muß genau auf die Ausgabe-Nummern geachtet werden, da in den einzelnen Geschäften nur auf die bekannt gegebenen Nummern vorausgibt werden kann und darf.

Herborn, den 25. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Saatgetreide.

Das bestellte Saatgetreide, Roggen und Weizen, kann abgeholt werden.

Auch ist eine Anzahl Schrottschne für das an Spanntiere zustehende Haferquantum eigener Ernte auf Zimmer Nr. 5 des Rathauses in Empfang zu nehmen.

Herborn, den 25. Oktober 1918.

Der Wirtschaftsausschuss I: Rückert.

Gewerbl. Fortbildungsschule Herborn.

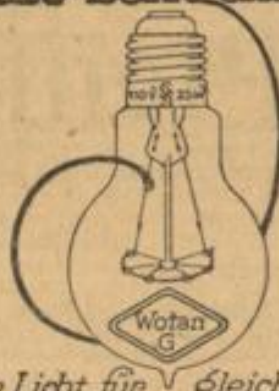
Der Unterricht fällt bis zum 30. ds. Mts. aus.

Der Schullehrer.

Die Bekanntmachung vom 4. 5. 17 Bst. 931/4. 17 A. R. A. betreffend das Verbot des Fallens von Edelkastaniendäumen ist in den Amtsblättern und durch Anschlag nochmals veröffentlicht worden.

Stellw. Generalkommando 18. Armeekorps.

Gasgefüllte
Wotan-
Lampen
sind zeitgemäß



Mehr Licht für gleiches Geld!

In Herborn zu haben bei
Gustav Blecher, Elektrotechnische Werkstätte

Aus der
Friedrich-Jüngst'schen Stiftung
können einige
Stipendien an Handwerkerlehrlinge
aus **Herborn** vergeben werden. Gesuche an den Unterzeichneten müssen enthalten:
1. Name, Geburtsdatum, Wohnung;
2. Führungszeugnis vom Lehrherrn und Angabe des täglichen Verdienstes.
Gesuche die diese Punkte nicht genau und gewissenhaft beantworten, können überhaupt nicht berücksichtigt werden. — Gesuche sind abzugeben **bis 31. Oktober 1918.**
Herborn, den 23. Oktober 1918.
Namens des Kuratoriums:
Professor D. Haufen, Dekan.

Obstbäume
Kern-, Stein- und Beerenobst in allen Formen und erstklassiger Ware.
Coniferen und Alleeabäume sowie sonstige Baumschulartikel.
C. Lohse, Baumschulen und Kirchen an der Sieg.
— Neueste Preisliste kostenfrei. —

Milchseparatoren, Buttermaschinen, Wendepflüge aller Art, Obstpressen, Rübenschnneider, Brockelmühlen, Futterschneidmaschinen, Räucherapparate (Qualm) sofort ab Lager lieferbar.
Reparaturen aller landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte. Autogen-Schweißung d. kompliziertesten Brüche
Filterfabrik Roth (Dillkreis).

 **Achtung!**
Habe eine Partie extra große
Zuchtschweine
zum Verkauf; ferner für Genossenschaften und Wiederverkäufer günstige Gelegenheit in
Einlegeferkel.
Auf Novemberlieferung nehme Bestellungen zu billigsten und reellsten Preisen entgegen.
Schüh, Schweinehändler, Eisern Nr. 40 (Kr. Siegen).

Tüchtige Arbeiter u. Arbeiterinnen sofort gesucht.
Stahl- u. Eisenwerke Aflar.
Für kriegswichtige Bauten suche für **Dillenburg — Haiger etc.**
Maurer, Tagelöhner und Betonarbeiter.
H. W. Rinn, Dillenburg.
Laufenderstein. 3

Die Verlobung unserer Tochter **Meta** mit dem Kaufmann Herrn **Paul Scholl** aus **Gilsbach** beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.

Burg (Dillkr.), 26. Oktober 1918.

Heinrich Naaf u. Frau Elisabeth geb. Hubitz.

Meta Naaf
Paul Scholl
Verlobte

Burg

Gilsbach,
z. Zt. in Urlaub

26. Oktober 1918.

Wer liefert:

- Kirschblätter Ztr. Mk. 50,—
- Wallnussblätter " " 50,—
- Haselnussblätter " " 80,—
- Lindenblätter " " 40,—
- Weinblätter " " 40,—
- Himbeerblätter " " 80,—
- Brombeerblätter " " 80,—

in größeren Posten gut trocken und sauber gegen vorherige Kasse.

August Diehl, Friedberg i. Hessen.

Suche sofort ein tüchtiges
Kausmädchen.
Frau Carl Doering, Sinn.

Da mein Mädchen wegen Todesfall nach Hause muß, suche ich für sofort oder später ein ehrliches, zuverlässiges
Alleinmädchen, welches in allen Arbeiten durchaus erfahren ist und einige Kochkenntnisse besitzt, in gute Stellung.
Frau Dr. Schrötter, Warburg a. d. Lahn, Uferstraße 10 a 1.

Suche für meinen kinderlosen Haushalt (2 Personen) ein ordentliches, im Haushalt erfahrenes
Mädchen.
Angebote mit Lohnansprüchen an
Frau Zahnarzt Kadesch, Bad Langenschwalbach bei Wiesbaden.

Suche für baldigst ein in Küche und Hauswesen durchaus erfahrenes
Mädchen oder einfache Stütze. Nur solche, die wirklich treu und zuverlässig sind, wollen ihre Zuschriften richten unter **S. G. 1** an die Geschäftsstelle ds. Bl. Hilfe vorhanden.

Jüngeres, solides, fleißiges
Mädchen vom Lande alsbald für meinen kleinen Haushalt (3 Pers.) gesucht.
Frau Pfarrer Roth, Buhbach in Hessen.

Wegen Erkrankung meines Mädchens suche per sofort oder später
Mädchen oder Aushilfe.
Frau Apotheker Wengel.

Tüchtiges braves
Mädchen gesucht.
Frau Frh. Dietermann, Siegen, Siebergstr. 1/1.

Mädchen gesucht, das dreimal in der Woche puht. **Kaiserstr. 16.**

Fräulein mit flotter Handschrift, welche Stenographie und Schreibmaschine gelernt hat, sucht passende Stellung auf Büro oder in Geschäft. Angebote unter **A. K.** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Wachsame
Kofhund gesucht.
Brauerei Schramm, Herborn.

Am 1. November beginnt wieder ein
Kursus im Weißzeugnähen
Frau A. v. Rhein, Hauptstr. Nr. 29.

Ein siebenjähriges
Arbeitspferd steht zu verkaufen.
Wilh. Roos, Fuhruntern, Heisterberg.

Bediegenes älteres
Mädchen oder einfache Stütze, welche selbständig gut kochen kann und bei der Hausarbeit mithilft, nach **Dillenburg** gesucht. Hausmädchen und Waschfrau wird gehalten. Angebote mit Zeugnissen a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Kaufe
Schlachtpferde zu den höchsten Tagespreisen. Unfälle werden schnell erledigt. Zahle hohe Prov. für Vermittlung.
J. Schwarz, Siegen, Lenzstraße 3. Telefon 361.

Kaufe
Schlachtpferde zu den denkbar höchsten Preisen
Aug. Kehler, Wehlar, Telefon 192. Lahnstr. 28.

Jauchepumpen
Rübenschnneider empfiehlt **W. Wagner, Obersfeld.**

Bettmatten Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst.
Verstandhaus Wohlfahrt, **München 707, Habelstr. 12.**

Preisliste kostenlos!
Alle Formen teils schon tragende
Obstbäume
Beerensträucher sowie
Rosen
Ziersträucher und Alleeabäume
empfiehlt
Siegerländer Baumschulen
Willy Pätzold, Weidenau Siegen
Machen Sie eine Probebestellung.

Fußbodenlache
Leinöl-Ersatz fertig zum Streichen in Küchenwände und Galleien besonders geeignet, das 2,50 Mk., außerdem 6 Stück eiserne Fenster hat abzugeben.
F. Wengel, Burg (Dillkr.).

Särge eichen, kiefern, Zinnsärge stets auf Lager. Uebernahme von Ueberführungen.
Louis Krauskopf, Dillenburg.

Unerwartet erhielten wir die schmerzliche Nachricht, daß unser innigstgeliebter Sohn und Bruder
Carl Philippi,
Schütze in einer **M.G.-Kompanie,**
nach treuer Pflichterfüllung im Alter von 21 Jahren auf dem Felde der Ehre den Helden-
tod gefunden hat.
Herborn, den 26. Oktober 1918.
In tiefer Trauer:
Familie Peter Philippi, Zugführer.

Zeichnungen auf die
Kriegsanleihe
zu **98%**
nehme ich kostenlos entgegen.

L. Pfeiffer
Depositenkasse Dillenburg, Dillenburg.
Reichsbankgirokonto, Postscheckkonto Frankfurt a. M. 18 450.
Fernsprecher 43.
Hauptgeschäft Cassel. Zweigstellen: Fulda, Hersfeld, Marburg, Bad Wildungen, Witzenhausen, Agenturen Allendorf-Sooden, Bebra, Hünfeld.

Darlehen für
Kriegsanleihezeichnungen
zu Darlehenskassenbedingungen (5 1/2 % Zinsen).
Nähere Auskunft bereitwilligst
und kostenlos.